

Bringt nichts

Nach ihrer Niederlage in der Tarifikommission will ÖTV-Chefin Monika Wulf-Mathies einen sinnlosen Streik verhindern.

Monika Wulf-Mathies, gerade acht Monate Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), wollte zeigen, wo es lang geht. Die Demonstration wurde ein Reinfall.

„Mit Leidenschaft“, so ein Sitzungsteilnehmer, hatte die Vorsitzende sich am Mittwoch vergangener Woche in der Tarifikommission ihrer Gewerkschaft für einen mageren Abschluß der Lohnrunde eingesetzt. Danach sollten die Löhne und Gehälter anfangs um zwei Prozent, dann in zwei Stufen noch einmal um insgesamt ein Prozent steigen. Gesamtlauzeit des Vertrages: 18 Monate.

Bedeutsamer als der geringe Lohnzuwachs schien den Unterhändlern der ÖTV, daß es ihnen gelungen war, die stattliche Altersversorgung ihrer Mitglieder weitgehend zu sichern. Die Altgedienten werden als Pensionäre auch künftig mehr Geld bekommen, als sie früher an Einkommen bezogen, jüngere Kollegen müssen mit leichten Einbußen rechnen. Nur Neulinge im Staatsdienst werden im Alter auf etwa 90 Prozent ihres letzten Nettogehalts reduziert – was immer noch wesentlich mehr ist als in der Privatwirtschaft.

Sieben Stunden lang versuchten die ÖTV-Chefin, ihr Stellvertreter Siegfried Merten sowie die übrigen Vorstandsmitglieder die Mitglieder der Tarifikommission zu überzeugen, daß nicht mehr herauszuholen war. Vergeblich – bei der Abstimmung fehlten der Vorsitzenden sechs Stimmen.

Es ist die erste bittere Niederlage für die Nachfolgerin von Heinz Kluncker, jenem Mann, der die zweitgrößte Arbeitnehmerorganisation der Bundesrepublik fast 20 Jahre lang mit taktischer Raffinesse zu beachtlichen Erfolgen geführt hatte. Doch auch mit noch so schlauer Taktik ist derzeit nicht viel zu holen. Wie alle anderen Arbeitnehmer müssen sich die Staatsdiener umstellen auf Verzicht.

Ganz offensichtlich hat es die Stuttgarter ÖTV-Führung versäumt, ihre Mitglieder rechtzeitig auf magere Zeiten einzustimmen. Anfang Mai, als sich die Tarifverhandlungen hinzogen, hatte sie Müllkutscher, Busfahrer und die Bediensteten auf den Flughäfen noch zu massiven Warnstreiks ermuntert. Sie sollten Druck machen für eine Lohnforderung von fünf Prozent.

Rund 300 000 Gewerkschafter blockierten zeitweise den Flugbetrieb, den Nahverkehr und die Müllabfuhr in den Ballungszentren.

Jetzt wurde es schwierig, die Erwartungen der Mitglieder wieder zu dämpfen. Die Funktionäre, die kurz zuvor noch Warnstreiks organisieren mußten und nun das bescheidene Ergebnis der Tarifgespräche vor Ort vertreten sollten, lehnten in der Tarifikommission die Empfehlung des Vorstands ab.

Kleinlaut teilte die ÖTV-Vorsitzende den Arbeitgebern den peinlichen Ausgang mit. Doch Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, der Verhandlungsführer auf der Gegenseite, blieb hart. Mehr könne er nicht bieten, die umgerechnet 2,56 Prozent mehr Lohn, knapp unter dem Abschluß der Stahlindustrie, seien sein „letztes Wort“.

Frau Wulf-Mathies konnte nur noch um Bedenkzeit bis zum 11. Juni bitten. Diese Woche will sie nun nutzen, um an

stand träten. Auch die Vorsitzende der ÖTV hat starke Bedenken, ob ein Arbeitskampf jetzt Sinn machte. Sie ist überzeugt, daß die Neigung zum Streik gegenwärtig schwach ist. Kurz vor den großen Ferien denken auch die öffentlich Bediensteten vor allem an Gartenfeste und Rimini.

Zudem ist leicht vorhersehbar, daß auch mit harter Haltung derzeit nicht viel zu erkämpfen ist. Selbst bei einem längeren Streik wären wohl kaum mehr als zwei oder drei Zehntelprozent Lohnzuwachs drin. Das wären vielleicht fünf oder zehn Mark mehr im Monat.

Damit stünden die Arbeitnehmer letztlich kaum besser da als zuvor. Die Streikunterstützung ersetzt gerade den Nettolohn; Überstunden, Zuschläge und Zulagen werden nicht berücksichtigt.



Warnstreik im öffentlichen Dienst: Arbeitskampf für zehn Mark mehr Lohn?

der Basis „Klarheit zu schaffen“, das heißt, doch noch eine Mehrheit für das Verhandlungsergebnis zu bekommen.

Die Gewerkschaft hat sich in eine schwierige Situation manövriert. Bleibt die Tarifikommission bei ihrer Haltung, wird ein Arbeitskampf unvermeidlich, und der würde nicht viel bringen. Es wäre zudem der „unpopulärste Streik“ seit 1948, warnt Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg.

Da könnte er recht haben. In der Bevölkerung, die unmittelbar unter den Aktionen der Kommunalbediensteten oder des Krankenhauspersonals zu leiden hätte, stoßen Streiks ohnehin auf wenig Sympathie. Aber selbst die Kollegen in den anderen Gewerkschaften hätten angesichts steigender Arbeitslosigkeit kaum Verständnis dafür, wenn die Staatsdiener mit ihren vergleichsweise sicheren Arbeitsplätzen in den Aus-

Ein Streik aber, der am Ende nur zu echten Einbußen führt, ist sinnlos. Das möchte Monika Wulf-Mathies den ÖTV-Mitgliedern klarmachen.

Bis zur nächsten Sitzung der Tarifikommission will sie mindestens sechs der 104 Mitglieder auf ihre Linie bringen. Dann hätte sie die Mehrheit in der Kommission, und der Tarifvertrag könnte unterzeichnet werden.

Auf Geheiß der ÖTV-Chefin schwärmen nun die Funktionäre der Stuttgarter Gewerkschaftszentrale aus, um vor Ort die ausweglose Lage klarzumachen. Am Wochenende, hofft die Vorsitzende, werde sie wieder alles im Griff haben.

Böse Kommentare aus den eigenen Reihen wird sie sich jedoch noch eine Weile anhören müssen. „Unter Kluncker“, meinte vergangene Woche ein Mann aus dem Stab der ÖTV-Chefin, „wäre uns das alles nicht passiert.“